

Bundesweiter Ausbau bis 2013

[25.11.2009] Das Bundesministerium des Innern und die kommunalen Spitzenverbände haben eine gemeinsame Erklärung zur weiteren Zusammenarbeit beim Projekt D115 unterzeichnet. Bis 2013 soll die einheitliche Behördenrufnummer deutschlandweit verfügbar sein.

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund und das Bundesministerium des Innern (BMI) haben im Rahmen der Messe Moderner Staat die „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts D115 Einheitliche Behördenrufnummer“ unterzeichnet. Wie das BMI mitteilt, bekennen sich die Partner darin zum weiteren Ausbau des Bürgerservices. Bundes-CIO Hans Bernhard Beus erklärte, das Ziel sei, bis 2011 alle Bundesbehörden an den D115-Verbund anzuschließen, bis 2013 solle die einheitliche Behördenrufnummer in ganz Deutschland angeboten werden. Beus: „Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das wir nur gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Partnern erreichen können.“ Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, betonte, die kommunalen Spitzenverbände hätten das Projekt D115 seit dem Start stets konstruktiv durch Einbringung kommunalen Sachverständes begleitet.

(bs)

Stichwörter: 115, einheitlicher Behördenruf, 115, Bundesministerium des Innern, Hans Bernhard Beus, Deutsche Städtetag, Deutsche Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Hans-Günter Henneke